

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großlich behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Frangobrief 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beilage. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — **Volkskassens Leipziger Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10gehalt. Kolonelleise 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf. Stellenangebote 10gehalt. Kolonelleise 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10gehalt. Kolonelleise mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 M. Inserate u. ausw.: die 10gehalt. Kolonelleise 40 Pf. bei Platzvorschrift. 50 Pf. Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkankassen entgegen

Wie es in den Wald hineinschallt...

Eine weitere Antwort Poincarés. Das „Pulver trocken halten“.

SPD Paris, 26. September.

Die Tagung der Generalräte in Frankreich (Parlaments der Departements) ist am Montag, wie üblich, in mehreren Sälen durch hochpolitische Reden eingeleitet worden. So hat Poincaré bei der Eröffnung des Generalrats des Departements Mosel, dessen Vorsitzender er ist, eine große Rede gehalten, die eine weitere Auslassung zur Frage der Kriegsschuld darstellt und als Antwort auf die Rede von Lannenberg angesehen werden kann. Poincaré knüpft an die historische Rolle Lothringens an, das stets am ersten einem Angriff Deutschlands ausgesetzt gewesen sei. Es gebe deshalb kein Land in Frankreich, das leidenschaftlicher der Frieden wünsche. Aus diesem Grund habe man aber in Lothringen ebenfalls stets verlangt, daß Frankreichs Grenzen so gesichert sind, daß es in der Lage ist, sich zu verteidigen, wenn es angegriffen wird. Dann fuhr Poincaré wörtlich fort: „Niemand von uns hat eine andere Politik vor 1914 betrieben, niemand von uns hätte den verzweifelten Mut gehabt, den Krieg zu erklären oder ihn zu provozieren. Als er uns aufgezungen wurde, wollten wir mit ganzer Seele einen Krieg, der nicht nur den Feind aus dem Lande wirft, sondern die territorialen Einheit Frankreichs wieder herstellt und uns außer der Wiedergutmachung der Schäden volle Sicherheit bietet. Hier ist am wenigsten der Platz, wo man die Legende nochmals ernst nehmen könnte, die man jetzt zu verbreiten sucht, daß eine „höllische“ Invasion in Frankreich stattgefunden hätte, die die Zivilbevölkerung ängstigte und betraute harmlos war. Da diese Greise, zu viele Frauen und Kinder sind getötet worden in unseren besetzten Gebieten, zu viele Häuser verbrannt worden, als daß unsere Landsleute nicht die Pflicht hätten, dagegen zu protestieren, wenn man die Wahrheit leugnen will. Sie sind damit einverstanden, daß Vergessenheit darüber gebietet werden soll, sie wollen aber nicht, daß die Frage gelöst wird.“

Im Departement Eure-et-Loire hat der Generalgouverneur von Elgier, Bielle, ebenfalls eine bedeutende Rede gehalten. In der er u. a. sagte: „Die kluge Politik Brindals schützt uns vor allen Unternehmungen der Leute, die Abenteuer suchen. Man kann nicht gerade sagen, daß es keine solchen gebe. So gibt es ein Land — es ist nicht Deutschland — in dem man von „Pulver trocken halten“ spricht, und wo man sich einredet, daß Frankreich das Hindernis gegen eine „des Altertums würdige, majestätische Expansion“ sei. Es ist die Ehre Frankreichs, daß es sich über solches Maulheulentum nicht aufregt, das hier bleiben wird, solange nicht andere Unterstützung die Forderungen dieser Leute, die förmlich vom Heber des „heiligen Egoismus“, erfährt sind, ermittelte. Es liegt also an uns, weisfichtig zu sein und uns Rechenschaft davon abzulegen, daß neue schwere Mißverständnisse, die sich zwischen Deutschland und Frankreich erheben könnten, eine fürchterliche Gefahr für den Weltfrieden bedeuten würden.“

Brouderé und Stresemann.

SPD Genf, 26. September.

Die für Montag in Aussicht genommenen Besprechungen zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und Brindal sowie zwischen Dr. Stresemann und de Brouderé haben nachmittags im Foyer des Völkerbundsaals stattgefunden. Die Besprechung Stresemann-Brindal dauerte etwa eine halbe Stunde und hat den Zuhörern das Bild einer recht deutlichen Unterhaltung. Die Besprechung, die Stresemann mit dem belgischen Delegierten hatte, dauerte nur wenige Minuten. Ueber den Inhalt der beiden Unterredungen wird amtlich nichts mitgeteilt. Es verkauft, Stresemann und Brindal hätten sich dahin verständigt, daß ihre Außenpolitik die gleiche wie bisher bleiben soll, und im Augenblick keine weitere Verhandlungen zu führen seien. Mit dem belgischen Delegierten ist eine ähnliche Verständigung getroffen worden. Die deutsch-belgischen Erörterungen über die Fronttierreue

frage sollen — wie es heißt — auf diplomatischem Wege abgeschlossen werden.

Zwischen der deutschen und der französischen Presse ist ein wütender Kampf entbrannt. Die Reden Hindenburgs, Barthous, Poincarés und Jaspars bieten den nationalförmlichen Zeitungen in beiden Ländern lebhaften Stoff, die Geister zu erhitzen. In Deutschland triumphiert die Kreuzzeitung, das führende Organ der Deutschen Nationalen. Jetzt sei es für die deutsche Regierung an der Zeit, zur Generaloffensive überzugehen. In der gleichen Weise schallt es aus der nationalförmlichen Presse Frankreichs zurück, und nur die linksgerichteten Organe Frankreichs und Belgiens wenden sich gleichmäßig gegen die Hehelei sowohl links als auch rechts des Rheins.

Im Populäre schreibt Leon Blum scharf gegen die Reden der letzten Tage dies- und jenseits des Rheins. Alle diese Leute, schreibt Blum, sprechen gut, aber sie sprechen zuviel. Alle diese Reden haben lange genug gedauert. Es ist bis zur Stunde unmöglich, festzustellen, wer in der Kriegsschuldfrage recht hat. Die Geschichte wird da besser beurteilen können. Ihre Rolle ist es, an Hand von Nachforschungen die Kriegsschuldfrage festzustellen. Unsere Rolle ist eine andere. Sie besteht darin, den Frieden vorzubereiten und zu befestigen. Deshalb müssen alle Streitfragen, die in Gegenwart und Zukunft den Haß zwischen den Völkern aufrechterhalten können, aus dem Wege geräumt werden. Die Vergangenheit muß endgültig begraben bleiben.

Wir stimmen dem Führer der französischen Sozialisten rückhaltlos zu. Sollen die Berge von Haß, die die Reden aufgeworfen haben, wieder beseitigt werden, dann ist das nur möglich, indem die Vergangenheit endgültig begraben bleibt. Aber gerade hier offenbart sich das gemeinsame Streben der Nationalisten in allen Farben. Dagegen gibt es nur eine Abwehrfront. Das ist der Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kriegsschuld in allen Ländern.

Aufräumungsarbeit in Genf.

SPD Genf, 26. September.

Die Arbeiten der Völkerbundsammlung des Völkerbundes konnten am Montagmittags wegen zwei langer Debatten über einen holländischen und einen schwedischen Abänderungsantrag noch nicht zu Ende geführt werden. Der holländische Antrag lautete, daß der eingeleitete Fünferauschuß die Auswahl eines Projektes zum Bau eines neuen Völkerbundsaales aus allen 27 mit Freisen bedachten Projekten und nicht nur aus den 9 mit ersten Freisen bedachten vorzunehmen habe. Der Antrag wurde mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. Der schwedische Antrag bezweckte die Erhöhung des Kredit für die Vorbereitung der Vereinfachung des internationalen Rechts von 85 000 auf 125 000 Franken. Er wurde mit 20 gegen 17 Stimmen angenommen. Der Antrag muß aber gemäß einer Bestimmung des Reglements der Völkerbundversammlung nochmals den Finanzauschuß passieren.

Die Schlußsitzung der Völkerbundversammlung findet am Dienstagvormittag um 10 Uhr statt.

Sakent Kreuzer gegen Mittelständler.

WFB Danzig, 26. September.

In einer Wahlversammlung der Mittelstandspartei kam es heute zu Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, die sich unter Führung des Abgeordneten Hoffstedt eingefunden hatten und die Versammlung lösten. Die Nationalsozialisten warfen die Versammlungsteilnehmer mit Steinen, ein Nationalsozialist schüttelte sogar eine Flasche mit Salzsäure in den Saal. Von der Polizei wurden 10 Nationalsozialisten festgenommen, darunter auch der Abgeordnete Hoffstedt.

Nachwort zum Städtetag.

In Magdeburg, das seit 1919 eine sozialistische Stadtverordnetenmehrheit hat, und wo unter Leitung eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters sich ein starker großstädtischer Lebens- und Gestaltungswille bemerkbar macht, tagte am vergangenen Freitag die siebente Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Dieser ist die oberste Vertretung der deutschen Städte, und vertritt die öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten der städtischen Gemeinwesen. Der Deutsche Städtetag konstituierte sich im Jahre 1905 und setzt sich gegenwärtig aus 281 großen und mittleren Städten mit über 25 Millionen Einwohnern zusammen. Außer diesen gehören ihm durch korporativen Anschluß sämtlicher Landes- und Provinzial-Städtetage noch 900 kleinere Städte mit 5 300 000 Einwohnern an. Seine Hauptversammlung, die aller drei Jahre stattfindet, ist eine Tribüne, von der aus die Forderungen und Wünsche der Städte an Reich und Länder erhoben, und die jeweilig aktuellen kommunalpolitischen Probleme vor die große Öffentlichkeit gestellt werden.

In der Organisation des Deutschen Städtetages kommt die wachsende wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Städte, insbesondere der Großstädte zum Ausdruck. Durch die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands und durch die Bildung großer Industrie- und Wirtschaftszentren ist die Bedeutung der Großstädte in den letzten Jahren und Jahrzehnten gegenüber den leider durch die Revolution nicht beseitigten Duobestaaten gewaltig gewachsen. Das kam auch auf der Magdeburger Tagung zum Ausdruck, und mit Recht wurde die Beseitigung des Länderpartikularismus und der Länderverwaltungsvorgänge durch Schaffung der Einheitsrepublik, gegliedert in Wirtschaftsprovinzen, gefordert. Der föderalistische Staat soll durch den unpartischen ersetzt werden. Eine alte sozialdemokratische und auch demokratische Forderung. Wenn auch in der vom Städtetag angenommenen Entschließung das Verlangen zur Einheitsrepublik nur schwach zum Ausdruck kommt, so wurde doch von dem sozialdemokratischen Redner, Genossen Dr. Lohmann, die Forderung nach der Einheitsrepublik konkret formuliert und begründet. Auch der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe setzte sich für die Einheitsrepublik ein.

Seit der letzten Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Hannover haben die Städte mit finanziellen Nöten schwer zu ringen. Hat man ihnen doch noch größere soziale Lasten, die 30 bis 40 Prozent der gesamten städtischen Ausgaben ausmachen, vom Reich und von den Ländern ausgedrückt. Für entsprechende Einnahmen der Städte ist jedoch nicht gesorgt worden. Und der schon lange angekündigte endgültige Finanzausgleich zwischen Gemeinden, Ländern und Reich ist immer noch nicht erfolgt. Wie die Gemeinden in ihren Steuereinnahmen eingeschränkt sind, geht daraus hervor, daß ihre Steuereinnahmen auf den Kopf der Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit um 75 Prozent gestiegen sind, während die Steuereinnahmen der Länder um 159 Prozent und die des Reiches um 245 Prozent zugenommen haben. Daraus geht hervor, wie die Gemeinden in den Steuereinnahmen von Reich und Ländern benachteiligt werden. Dazu kommt, daß man den Gemeinden immer noch neue Lasten vom Reich aufbürdet. Es sei nur auf die Durchführung des Gesetzes gegen die Geschlechtskrankheiten und die Regelung des Arbeitsnachweiswesens hingewiesen.

Obwohl die Städte bemüht sein müssen, größte Sparsamkeit zu üben und wirklich keine überflüssigen Ausgaben machen können, wird seit einiger Zeit von der sogenannten Wirtschaft der Vorwurf der Verschwendung gegen die Kommunen erhoben. Man wendet sich gegen die sozialen Fürsorgemaßnahmen der Gemeinden, die man als übertrieben und zum Teil überflüssig bezeichnet, und führt vor allem einen Feldzug gegen die städtischen Wirtschaftsbetriebe, deren Ausdehnung man verhindert, oder die man überhaupt beseitigen will, damit die private Wirtschaft sich aus dieser Betriebszweige bemächtigen kann. Den Gemeinden wird größte Sparsamkeit gepredigt, und von einer viel zu hohen Belastung der Wirtschaft durch die gemeindlichen Realsteuern, die Verwaltung und Ausgaben geredet. Da in vielen Gemeinden auf Grund des allgemeinen Wahlrechts die Arbeiter auf die Gestaltung der Gemeindeangelegenheiten einen entscheidenden Einfluß ausüben, streben die Industrie- und Handelsherren in den Städten neben dem auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählten Gemeindepalament eine Art gutachtende amtliche Berufsvertretung an, von deren Urteil die Festsetzung der Realsteuern und die Entscheidungen über wichtige Gemeindeangelegenheiten abhängig gemacht werden sollen. Von industrieller Seite ist auch die Forderung erhoben worden, für die Senkung der Realsteuern einen Ausgleich in der Besteuerung des steuerfreien Einkommens der Arbeiter zu schaffen. Man sieht, daß die kapitalistischen Kreise aufs Ganze gehen, und daß sie gewillt sind, mit aller Rücksichtslosigkeit auch in den Gemeinden ihre Interessenpolitik zu treiben.

Die Bürgerblockregierung im Reich hat viel Verständnis für die Forderungen der Industrie nach Entlastung und Senkung der Realsteuern. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß der deutschnationale Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Gesetzentwurf über die Steuervereinfachung im Reichstag eingebracht hat. Dieser Gesetzentwurf ist ein Entgegenkommen gegenüber der sogenannten Wirtschaft, sieht er doch

